

Verabschiedet am 3.11.2014 vom Vorstand der *FDP.Die Liberalen*

# Steuerlich attraktiv bleiben!

## Konkurrenzfähigkeit des Standorts Schweiz sichern

**Die Schweiz steht in einem immer härteren internationalen Wettbewerb. FDP.Die Liberalen fordert daher ein einfaches und fortschrittliches Steuersystem, damit wir auch künftig als Standort attraktiv sind. Sichern wir heute Investitionen, Arbeitsplätze sowie wichtige Steuereinnahmen für unser Land. Schaffen wir Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz.**

*FDP.Die Liberalen* will sicherstellen, dass wir auch in Zukunft international konkurrenzfähig bleiben. Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Binnenland, das durch seine freiheitliche Ordnung, Offenheit und Innovationskraft zum Erfolgsmodell wurde.

Doch es bläst ein rauer Gegenwind: OECD-Staaten versinken in Schulden und greifen daher die Steuerpraktiken der Schweiz an. Schädliche linke Initiativen bedrohen das bewährte Steuersystem. Umso dringender braucht die Schweiz einen finanziell soliden Staat mit tiefen Steuern, um über einen wichtigen Standortvorteil im internationalen Wettbewerb zu verfügen. Die FDP steht daher für eine konsequente Schuldenbremse ein. Das Ausgabenwachstum darf das Wirtschaftswachstum nicht überschreiten.

Die FDP setzt sich zudem mit nachfolgenden Forderungen für ein einfaches und fortschrittliches Steuersystem ein, welches Arbeitsplätze in der Schweiz sichert und das Vertrauen des Bürgers in den Staat stärkt. Die grassierenden internationalen Standards sind Ausdruck eines Kontrollwahns von Staaten. Die FDP hingegen will ein Steuersystem, welches von den Bürgern mitgetragen wird. Wir stehen daher für das Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ein. Ein Steuersystem darf nicht gewisse Lebensformen bestrafen und arbeiten muss sich immer lohnen.

### 1. Kantonale Steuerhoheit bewahren

Die FDP fordert, dass das Schweizer Steuersystem die föderale Struktur strikte respektiert. Der Föderalismus erlaubt es den Kantonen und Gemeinden, ihre Politik auf die lokalen Gegebenheiten anzupassen und somit die effizienteste steuerliche Strategie zu wählen.

Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen führt dazu, dass diese um attraktive steuerliche Rahmenbedingungen bemüht sind. Dies generiert Steuersubstrat sowie Arbeitsplätze und hält die Schulden tief.

Um ihren Standortvorteil zu sichern, müssen die Kantone zudem flexibel sein, sich den nationalen und internationalen Entwicklungen schnell anzupassen.

**Forderung 1: Steuerliche Hoheit der Kantone wahren.**

### 2. Beibehaltung der Pauschalbesteuerung sichert Arbeitsplätze

Die vereinfachte Besteuerung nach dem Aufwand ist angemessen, da Pauschalbesteuerte in der Schweiz keiner Arbeit nachgehen und daher die hiesige Infrastruktur weniger belasten. Zudem zahlen sie meist im Ausland auf ihr Einkommen eine Quellensteuer.

Pauschalbesteuerte Personen tragen substantiell zu den Steuereinnahmen bei, investieren überdurchschnittlich viel in lokale Projekte und schaffen wichtige Arbeitsplätze. Die

Pauschalbesteuerung ist daher gerade für strukturschwache Schweizer Kantone ein wichtiges Instrument im Steuerwettbewerb.

Verschiedene europäische Staaten wenden unserer Pauschalbesteuerung ähnliche Regeln an. Geben wir diesen internationalen Standortvorteil auf, nehmen die anderen Staaten die vermögenden und hochmobilen Personen mit offenen Armen auf. Kantone werden sich wegen des wegfallenden Steuersubstrats sogar gezwungen sehen, die Steuern zu Lasten der Allgemeinheit zu erhöhen.

Das Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand wurde erst kürzlich verschärft und tritt 2016 in Kraft. Korrekt angewendet soll es sicherstellen, dass nur Ausländer, die nicht in der Schweiz erwerbstätig sind und über genügend finanzielle Mittel verfügen, pauschal besteuert werden.

**Forderung 2: Nein zur Abschaffung unseres internationalen Standortvorteils der Pauschalbesteuerung.**

### 3. Tiefe und solide Schweizer Unternehmensbesteuerung

Eine generell tiefe und international anerkannte Unternehmensbesteuerung sichert die Attraktivität des Schweizer Standorts für nationale und internationale Firmen.

Die FDP will, dass die Schweiz auch künftig im weltweiten Standortwettbewerb um hochmobile und zahlungskräftige Unternehmen besteht. Die Schweiz muss ein attraktiver Standort für Wertschöpfung, Forschung und Entwicklung bleiben. Mit der Unternehmenssteuerreform (USR) III sollen Steuerregimes für Statusgesellschaften durch international anerkannte steuerliche Instrumente ersetzt werden.

Die Reform ist zentral: Diese internationalen Unternehmen tragen mit ihren Gewinnsteuern zunehmend zu den Bundeseinnahmen bei. Zudem schaffen sie Arbeitsplätze und Aufträge für Schweizer Unternehmen. International akzeptierte Spielräume bei der Unternehmensbesteuerung sind konsequent auszuschöpfen und die längst hinfällige Emissionsabgabe auf Eigenkapital (Stempelabgabe) abzuschaffen. In anderen Ländern unüblich, stellt diese eine Benachteiligung für hiesige Firmen dar.

Um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, werden die Kantone teilweise ihre Gewinnsteuersätze senken müssen. Daher soll sie der Bund stärker an den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer beteiligen. Käme es durch die USR III zu Ausfällen beim Bund, könnten diese ohne Weiteres über ein gebremstes Ausgabenwachstum kompensiert werden. Die FDP lehnt eine Kapitalgewinnsteuer als Kompensationsmassnahme klar ab.

Die Verrechnungssteuerreform muss sicherstellen, dass die Schweiz ein attraktiverer Standort für Unternehmensfinanzierung wird. Dies kann Wertschöpfung, Steuersubstrat und Arbeitsplätze generieren.

**Forderung 3: International anerkannte Spielräume nutzen, um steuerlich attraktiv zu bleiben.**

**Forderung 4: Emissionsabgabe auf Eigenkapital (Stempelabgabe) abschaffen, um Schweizer Unternehmen nicht zu benachteiligen.**

**Forderung 5: Ausgabenwachstum der öffentlichen Hand bremsen statt neue Steuern einführen.**

**Nein zu einer Kapitalgewinnsteuer als Kompensation zu Steuerausfällen bei der USR III.**

**Forderung 6: Im Zug der Verrechnungssteuerreform sicherstellen, dass die Schweiz ein attraktiverer Standort für Unternehmensfinanzierung wird.**

### 4. Mehrwertsteuer-Einheitssatz bringt gerechte Vereinfachung

Das komplizierte Schweizer Mehrwertsteuersystem kostet Schweizer Unternehmen jährlich viel Zeit, Geld – und Nerven. Aus dem Wirrwarr von Ausnahmen und Sonderregelungen wird niemand mehr schlau. Für die FDP ist klar, dass es eine ganzheitliche Lösung braucht und die Missstände nur über einen MwSt-Einheitssatz gelöst werden können.

Wir fordern einen Einheitssatz von 6–6,5 Prozent, welcher nur eine Hand voll Produkte – darunter Grundnahrungsmittel – ganz von der Steuer befreit. Dies führt zu einer spürbaren steuerlichen Entlastung der Schweizer Unternehmen, behandelt alle Branchen gleich und reduziert die Mehrwertsteuerbelastung der privaten Haushalte.

**Forderung 7: Mehrwertsteuer-Einheitssatz von 6–6.5 Prozent, von welchem alle profitieren.**

## 5. Einfache Einkommensbesteuerung – damit sich arbeiten lohnt

Die FDP fordert eine einfache Steuererklärung, welche alle in kürzester Zeit ausgefüllt haben. Die Besteuerung hat auf Basis von Einheitssätzen und wenigen Abzügen zu erfolgen. Die föderale Steuerhoheit in Bezug auf die Höhe der Sätze und Abzüge ist zu gewährleisten. Bereits seit 2007 fordert die FDP eine solche [Easy Swiss Tax](#).

Zudem muss unser Steuersystem so ausgestaltet sein, dass sich arbeiten immer lohnt. Daher fordert die FDP die Einführung der Individualbesteuerung. Die verzerrende Gemeinschaftsbesteuerung von verheiratenden Paaren muss abgeschafft werden, damit es sich auch für Zweitverdiener lohnt zu arbeiten. Ein gerechtes Steuersystem, unabhängig von der Lebensform, stellt einzig die Individualbesteuerung dar, für welche sich die FDP seit Jahren einsetzt.

**Forderung 8: Easy Swiss Tax zur Vereinfachung des Steuersystems für natürliche Personen.**

**Forderung 9: Einführung der Individualbesteuerung für ein gerechtes Steuersystem, in dem sich Arbeiten für alle lohnt.**

## 6. Keine Erbschaftssteuer, welche die Sparsamen bestraft

Bei der steuerlichen Belastung von Vermögen nimmt die Schweiz international heute schon einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Die meisten europäischen Staaten kennen keine Vermögenssteuer. Eine drei- bis vierfache Besteuerung durch eine neue nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer würde uns international benachteiligen und zudem all jene treffen, die arbeiten und zugunsten ihrer Nachkommen sparen.

Eine Erbschaftssteuer gefährdet auch inhabergeführte Unternehmen und Arbeitsplätze. Denn häufig steckt das Kapital des Unternehmens in der Firma oder in Immobilien. Erben, welche nicht über die notwendigen flüssigen Mittel verfügen, um die Erbschaftssteuer zu bezahlen, wären gezwungen, ihre Firma an kapitalstarke Investoren zu verkaufen.

Die von der Initiative verlangte Rückwirkung der Steuer auf Schenkungen bereits ab Januar 2012 ist überdies rechtsstaatlich höchst problematisch. Die Entlastung der AHV durch diese Steuer wäre zudem nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Die AHV braucht strukturelle Reformen und keine Pflasterlipolitik.

**Forderung 10: Nein zur schädlichen Erbschaftssteuerinitiative, welche unseren KMU schadet.**